



Bern, 12. Dezember 2013

## Medienmitteilung

### Nein zum Angriff auf die Fristenregelung

#### Scheinheilige Argumente der Initianten entlarven

---

**Ein überparteiliches Komitee bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der FDP.Die Liberalen, SVP Frauen, BDP, SP, GLP, CVP Frauen und Grüne lanciert heute den Abstimmungskampf gegen die Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“. Die Initianten streuen der Bevölkerung mit ihren Argumenten Sand in die Augen: Es geht ihnen nicht um die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder um eine Kostenentlastung des Gesundheitssystems, sondern um einen direkten Angriff auf die Fristenregelung. Das Komitee wird sich in den nächsten Monaten gegen diese Initiative engagieren und die scheinheiligen Argumente der Initianten entlarven.**

2002 hat die Schweizer Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit von über 70 % der Fristenregelung zugestimmt, integraler Bestandteil war dabei die Finanzierung über die obligatorische Krankenversicherung. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Initianten hat dies aber nicht zu einer Erhöhung der Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche geführt, im Gegenteil – die Zahl ist konstant geblieben und bei den unter 20-Jährigen sogar gesunken. Die Finanzierung über die Krankenversicherung garantiert dabei die Solidarität gegenüber Frauen in einer solchen extrem schwierigen Situation und führt dazu, dass auch Männer über die Prämie Verantwortung mittragen. Eine Streichung aus dem Leistungskatalog würde somit einseitig zu Lasten der Frauen gehen.

Das Kostenargument der Befürworter stellt sich bei näherer Betrachtung als Scheinargument heraus: lediglich 0,3 Promille der Kosten aus dem Krankenkassensystem sind durch Schwangerschaftsabbrüche verursacht. Wäre dies nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt, würden viele Frauen auf gefährliche Pillen aus dem Internet zurückgreifen und die Abtreibung ohne professionelle Aufsicht durchführen. Dies würde die Gesundheit der Frauen gefährden und zu höheren Folgekosten führen als die Einsparungen durch die Streichung der Finanzierung. Zudem wird über den Selbstbehalt und die Franchise bereits ein bedeutender Teil der Kosten von der Frau getragen.

Die Kampagne des Nein-Komitees geht neue Wege in der Kampagnenfinanzierung. Durch Crowdfunding kann jeder einen

Teil zur Abwehr dieser gefährlichen Initiative leisten und zwar ganz konkret: Es kann für fünf verschiedene Kampagnen-Instrumente gespendet werden. Damit kann jede und jeder selbst mitbestimmen. Bisher hat es noch keine politische Kampagne gegeben, die diesen Weg eingeschlagen hat.

<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-flyer>  
<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-sticker>  
<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-kleinplakate>  
<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-graphiker>  
<http://www.100-days.net/de/projekt/kampagnen-inserat>

---

## Kontakt:

- › Christa Markwalder, Nationalrätin FDP.Die Liberalen, 079 222 52 80
- › Yvonne Feri, Nationalrätin und Präsidentin SP Frauen, 079 781 20 43
- › Kathrin Bertschy, Nationalrätin GLP, 078 667 68 85
- › Babette Sigg Frank, Präsidentin CVP-Frauen, 076 373 83 18
- › Katharina Prelicz Huber, Präsidentin Grüne Frauen, 076 381 79 15
- › Bernhard Guhl, Nationalrat BDP, 079 337 80 50